

Dresdner Volkszeitung

Postkonten: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Dr. K. K. K. K., Dresden, und G. G. G. G., Leipzig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Muskau und Dresden-Altkath.

Seitenspreis einschließlich Frangierlohn in der 41. Woche vom 6. bis 12. Oktober 44.000.000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9.000.000 M., Einzelnummer 8.000.000 M., — M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schiffverteilung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Kompartimentszeile 135 M., die 90 mm breite Anzeigenzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schließelzahl: 100.000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 8000.000 M.

Nr. 234

Dresden, Sonnabend den 6. Oktober 1923

34. Jahrg.

Die proletarische Front in Sachsen

Dresden, 6. Oktober. Die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der sozialdemokratischen und der kommunistischen Landtagsfraktion und den Parteiführern, die am Freitag nachmittag aufgenommen wurden, haben einen erfolgversprechenden Verlauf genommen. Es wurde Übereinstimmung im Wesentlichen erzielt.

Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Es ist Aussicht vorhanden, daß der Eintritt der Kommunisten in den nächsten Tagen erfolgt.

Die Verhandlungen mit der K. P. D.

Für die Verhandlungen mit der K. P. D. haben Landtagsfraktion und Landesarbeitsausschuß der S. S. P. D. folgendes

Regierungsprogramm

aufgestellt: Zur Vorbereitung der Wahlen der sächsischen Regierung tritt die K. P. D. in diese Regierung ein.

Die staatspolitische Grundtatsache des gemeinsamen Wirkens der S. S. P. D. und der K. P. D. in der Regierung bildet die Reichs- und Landesverwaltung.

I.

Das Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Befestigung der Republik und die Lösung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung. Innerhalb dieses Rahmens wird die Reform der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage erstrebt. Als Vorstufe dazu ist der planmäßige Ausbau und die Erweiterung der Staatsbetriebe einzuleiten. Zur Erreichung dieser Ziele fordert die S. S. P. D. die vollständige Republikanisierung der Landesverwaltung und ihrer Leitung durch unabh. zuverlässige republikanische Offiziere. Alle illegalen, anti-republikanischen Verbindungen sind zu verbieten. Die proletarischen Gewerkschaften sind als Abwehrorganisationen gegen die Feinde der Republik auszubauen, ihre Verwendung für den Schutz der Republik ist vorzubereiten. Der Staatsapparat ist von allen republikfeindlichen Elementen zu befreien.

II.

Wesentlichste Aufgabe für die Lösung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung ist die energische Durchführung und Anwendung der neuen sächsischen Verordnung gegen die Stilllegung von Betrieben und, soweit es im Machtbereich des Staates liegt, die Arbeitsbeschaffung, ferner der Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, insbesondere auf dem Gebiete der Wohnungsbau. Zur Verwirklichung dieser Zwecke sind die von der sächsischen Regierung zugelassenen Kontrollausschüsse im Rahmen des Reichsrechts mit allen Befugnissen auszurüsten, die eine wirksame Erhaltung des Wuchers gewährleisten.

Zur Sicherstellung der Ernährung sind durchgreifende Maßnahmen zu treffen, darunter Abkommen mit andern Ländern über Lieferung von Lebensmitteln.

Der Wuchersatz im Rahmen des Landessteuerrechts auf höchste zu besteuern; vor allem ist ein Grundsteuerrecht nach dem gemeinen Wert zu schaffen.

III.

Von der Reichsregierung fordert die S. S. P. D. durchgreifende Republikanisierung der Reichswehr, ihre Säuberung von reaktionären Offizieren, sowie schärfste Anwendung der republikanischen Schutzgesetze, schärfste Bekämpfung des Betruges und Erhaltung der Sachwerte; gefühlvolle Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, Ausbau der Befugnisse und Rechte der Betriebsräte, weitestgehenden Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, vor allem durch die Förderung des Wohnungsbaus, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner.

IV.

Zwischen S. S. P. D. und K. P. D. wird eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Diese Arbeitsgemeinschaft hat alle Vorlagen und Entwürfe der Regierung und beider Parteien vor ihrer Erledigung im Plenum durchzubringen.

Mit den sozialistischen Regierungen anderer Länder ist eine enge Verbindung herzustellen.

V.

Außerhalb dieses parlamentarischen Programms wird das selbständige Handeln beider Parteien gewährleistet.

Ein Beschluß der Zentrale der K. P. D. für die Mitarbeit in den Regierungen

Von der Zentrale der Kommunistischen Partei ist folgender Beschluß gefaßt worden: „Angeht die große Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterklasse droht, die das erste Anzeichen des Faschismus bildet, hat die Zentrale der K. P. D. beschlossen, alle Bedenken zurückzulassen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterklasse vor die Gefahr der faschistischen Gefahr zusammenzuschließen. Die Zentrale der K. P. D. ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterklasse im Reich die sächsische und thüringische Regierung unterstützen und verhindern wird, daß die Faschisten die sächsische und thüringische Arbeiterklasse niederzuschlagen.“

Wir haben so manchen Strauß mit den Genossen von der K. P. D. ausgefochten. Trotzdem begrüßen wir aufs wärmste den Beschluß der Zentrale der K. P. D. Es ist immer unser Ziel gewesen, das Zusammenarbeiten mit der S. S. P. D. möglichst eng zu gestalten, weil nur dann, wenn die Arbeiterklasse einig und geschlossen zusammensteht, die Erfolge erzielt werden können, die wir im Interesse der arbeitenden Massen erreichen müssen. Es besteht jetzt die Aussicht, daß die Verhandlungen, die mit der S. P. D. über ihren Eintritt in die sächsische Regierung geführt werden, Erfolg haben. Unser Wunsch ist, daß der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung der erste Schritt zur endgültigen Vereinigung der beiden proletarischen Parteien in Deutschland sein möge, wie ja auch durch die gemeinsame Arbeit von U. S. P. und S. P. D. in der sächsischen Regierung die Einigung dieser beiden Parteien vorbereitet wurde.

Die Begründung

Die gestern bereits berichtet wurde, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihrem Vorstand im Laufe des Freitagvormittags zu Verhandlungen gegeben, die darauf hinauslaufen, unter Wahrung unserer Prinzipien den Versuch zur Neubildung der großen Koalition zu machen. Die Gründe, von denen die Fraktionsmehrheit bei diesem Beschluß geleitet wurde, legt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst in folgendem Artikel dar:

Als die Sozialdemokratie vor sechs Wochen die Beteiligung an einer Regierung der großen Koalition trotz schwerer Bedenken beschloß, war sie von der festen Absicht befeuert, dieser auf breiter parlamentarischer Basis beruhenden Regierung nach Möglichkeit eine lange Lebensdauer zu geben. Gäßen wir die Absicht gehabt, schon in wenigen Wochen wieder aus der Regierung auszutreten, dann wäre es überhaupt überflüssig gewesen, erst den Versuch mit der großen Koalition zu machen, die von breiten Kreisen des Volkes als einzige Möglichkeit zur Rettung der Reichsregierung betrachtet wurde. Das so eingegangene Kompromiß war nicht Selbstzweck, sondern fand die Zustimmung der Fraktion, um nach bestem Wissen und Gewissen unserer Sache zu dienen. Soweit die Verhältnisse es gestatteten, ist das geschehen. Denn sicher ist heute u. a., daß ohne den Genossen Gollmann im Reichsministerium des Innern die Kärntner Vorgänge schließlich doch zu dem ausgeartet wären, was mit ihnen begreift war. Ohne Gollmann müßte die Umgehung Berlins, der Sturz der Republik durch die rechtsradikalen Putschisten gelingen, nicht weil Herr Gollner und Dr. Stresemann das wollten, sondern weil insbesondere dem Reichswehrminister die Stütze zu einer energiegelosen Tat fehlte, die er schließlich in Gollmann fand. Aber trotz aller Vorteile, die immer durch eine Mitarbeit in der Regierung gegeben sind, müßte schließlich für uns die Beteiligung an der großen Koalition aufhören, als der schwerindustrielle Flügel der Volkspartei Ansprüche an die Sozialdemokratie stellte, die wir als dem Volkinteresse widersprechend betrachteten müßten. Denn es war und bleibt ein Wahnsinn, den Reichstagsbeschlüssen aufzugeben, die Arbeiter zu einem geschäftlichen Arbeitsvertrag zu zwingen, während Tausende und Abertausende auf der Straße liegen und der Staatskasse zur Last fallen.

Die Möglichkeit einer neuen Beteiligung an der großen Koalition unter erträglichen Voraussetzungen wurde durch die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber den Forderungen der Volkspartei nicht ausgeschlossen. Wir haben immer wieder betont, daß es in dieser schwierigen Zeit auch die Pflicht der Arbeiterklasse ist, tatkräftig an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes innerhalb und außerhalb der Regierung mitzuwirken, wenn hierzu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind. Sicherlich hat die Volkspartei in diesen Tagen neben ihrem Verrat an Vaterland einen Beweis der Unfähigkeit geliefert, der es uns wahnsinnig nicht leicht macht, weiterhin mit ihr zusammenzuarbeiten. Aber in der Politik und insbesondere im gegenwärtigen Augenblick darf nicht das Befehl, sondern nur die Vernunft maßgebend sein, und im Vordergrund aller Erwägungen muß die Frage stehen: wie können wir unserm Volke dienen, wie vermögen wir insbesondere der Arbeiterklasse zu helfen und was ist zu tun, um den Bestand der Republik zu sichern? Niemand kann den Beweis führen, daß die praktische Beantwortung dieser Fragen besser möglich ist, wenn wir außerhalb der Regierung stehen. Vergessen wir nicht, daß derjenige, der an der Quelle sitzt, die Gewalt hat, daß schließlich er bestimmt, und nicht derjenige, der von draußen hereintritt, um gute Ratschläge zu erteilen und Wünsche zu äußern. Seit 1918 haben wir das immer und immer wieder erfahren müssen! Vielleicht wäre die Republik heute nicht mehr, wenn die Sozialdemokratie in der preussischen Regierung keinen Einfluß besäße.

So oft die Sozialdemokratische Partei in eine Regierung eintrat, hat sie nicht daran gedacht, das unter Verzicht auf ihre Grundzüge zu tun. Aber schließlich können doch einmal Zeiten kommen, in denen selbst Grundzüge keinen Wert mehr haben, in denen manches zurückgestellt werden muß, um die Vorbedingungen zur Verwirklichung unserer Ziele schaffen und sichern zu helfen. Wir wollen damit nicht behaupten, daß im Augenblick gerade die Sozialdemokratie ihre Grundzüge opfern soll. Aber wie gehen wohl zu bedenken, daß die Verwirklichung unserer Ideen ohne den Fortbestand des Reiches, ohne die Erhaltung der Republik nicht mehr möglich ist. Gegenwärtig aber sind Reichseinheit und Republik in ihrer Existenz bedroht. Die Rechtsradikalen warten auf den Augenblick, in dem sie mit Gewalt unsere Verfassung zu Grunde tragen können, und im Westen Deutschlands stehen die Sonderländer bereit, die Rheinische Republik auszurufen. Das Signal zu alledem aber wird gegeben durch eine Auflösung des Reichstags, der unfähig, eine Regierung zustande zu bringen und sich so als überflüssig erweist.

Es gilt deshalb im Augenblick, die Republik retten zu helfen, um weiterhin für unsere Ideen werben zu können. Deshalb konnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegenwärtig nicht das Gefühl über die Zukunft walten lassen und die Neubildung einer Regierung der großen Koalition unter allen Umständen ablehnen. Nein, als Träger der Republik ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, einem vernünftigen Kompromiß zuzustimmen!

Wir haben in unserm gestrigen Leitartikel schon betont, warum wir eine erneute Beteiligung der Sozialdemokratie an einem Koalitionskabinet, das von der Volkspartei abhängig ist, für falsch halten. In dieser unserer Auffassung können auch die Darlegungen des Parlamentsdienstes nichts

Rückkehr der großen Koalition

Berlin, 6. Oktober. (Fig. Draht.) Reichstag. Im Verlaufe der vierstündigen Verhandlung, die in der letzten Zeit von den Sozialpolitikern der bisherigen Koalitionsparteien und den Parteiführern geführt wurde, ist eine Verständigung zustande gekommen, die den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchaus entspricht. Man einigte sich zunächst dahin, die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz auszuschließen und im übrigen auch sozialpolitische Fragen nicht in dieses Gesetz einzufassen. Sie sollen auf dem geschiedlichen Wege und nicht auf dem Wege der Verordnung allgemein geregelt werden. Der wesentliche Abfall der Vereinbarungen über die Arbeitszeitfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter erhöhter Leistungsausnutzung der technischen Erzeugnisse sowie organisatorischer Verbesserungen unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als normalen Arbeitstages nicht zu umgehen sein. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, im Gesetz zum Schutz der jetzigen Arbeitszeit eine Steigerung der Produktion zu fördern.“

Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Grundzüge Anwendung. — Diese Vereinbarung, der auch die Vertreter der Volkspartei Hugo und Albrecht zustimmten, fügt sich auf die Note vom November vorigen Jahres, die bekanntlich die Zustimmung der Sozialdemokratie fand. Sie ist vielleicht noch besser als die Novembernote.

Der Reichskanzler wird wahrscheinlich schon heute noch gegen 12 Uhr seine Programmklärung vor dem Reichstag abgeben, nachdem er die Zustimmung aller Fraktionen zu den Vereinbarungen im Besitze hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tagt zur Zeit. Es ist anzunehmen, daß sie mit großer Mehrheit den Vereinbarungen zustimmt.

Das Kabinett wird dann im wesentlichen seine bisherige Zusammenfassung behalten, lediglich für das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium sind andere Persönlichkeiten, die als radikale Republikaner gelten, vorgesehen. Das Finanzministerium soll, wie der Reichskanzler bestimmt hat, der Direktor der Darmstädter Bank, Schacht, übernehmen, während für das Wirtschaftsministerium nach der Ansicht des Reichskanzlers Radebecher in Frage kommt. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich mit dieser Zusammenfassung des Kabinetts nicht ohne weiteres zufrieden geben, da sie der Auffassung ist, daß sie als stärkste Fraktion mindestens 4 Sitze zu beanspruchen hat. Es ist anzunehmen, daß dieser Wunsch auch respektiert wird, zumal der Reichskanzler auch entsprechend zugesagt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt zu

Berlin, 6. Oktober. (Fig. Draht.) 10,15 Uhr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmt der in der Nacht getroffenen Vereinbarung mit großer Mehrheit zu. Sie verlangt jedoch für das neue Kabinett und zwar besonders im Wirtschafts- oder Finanzministerium das Amt eines Staatssekretärs.